

Landkreis will Langzeitarbeitslose alleine betreuen

Die Zusammenarbeit mit der Bundesagentur für Arbeit in der Arge Mayen-Koblenz soll Ende des Jahres auslaufen

KREIS MYK. Der Landkreis Mayen-Koblenz will die Betreuung der Hartz-IV-Empfänger zum 1. Januar 2011 in seine alleinige Verantwortung übernehmen.

Das beschloss der Kreistag jetzt einstimmig. Er beauftragte die Verwaltung, die entsprechenden Vorbereitungen zu treffen. Zurzeit kümmert sich die sogenannte Arge (Arbeitsgemeinschaft) gemäß Hartz IV um die Bürger, die länger als ein Jahr arbeitslos sind.

Träger der Arge sind seit 2005 die Arbeitsagenturen in Mayen und in Koblenz sowie der Landkreis.

Dieses Trägermodell läuft in diesem Jahr allerdings aus, wurde es doch vom Bundesverfassungsgericht für unzulässig erklärt. Zwar ist daran gedacht, durch eine Verfassungsänderung die sogenannte Mischverwaltung (Kommune und Arbeitsagentur) verfassungskonform zu machen. Dies stößt im Mayen-Koblenzer Kreishauses aber auf Ablehnung. Dort sieht man die Arge zu einem Spagat "zwischen Weisungstreue zur Bundesagentur für Arbeit und Berücksichtigung lokaler Besonderheiten".

Folgende Punkte sprechen nach Meinung des Kreishauses dafür, die Betreuung der 14 000 Hartz-IV-Empfänger selbst in die Hand zu nehmen:

- Stärkere individuelle Förderung der Betroffenen durch Inanspruchnahme kreisweiter Netzwerke von Beratungs- und Selbsthilfeeinrichtungen.
- Bestandsgarantie der drei Beschäftigungsgesellschaften in Mayen-Koblenz mit ihren 100 Mitarbeitern.
- Bessere Gestaltung von Eingliederungsmaßnahmen und individuellen Hilfen durch engen Kontakt zu den örtlichen Unternehmen.

Finanziell würde sich durch das neue Modell nicht viel ändern. In diesem Jahr erhält die Arge fast 20 Millionen Euro. Wenn der Kreis von 2011 an allein deren Aufgaben übernimmt, könnte er mit ungefähr 400 000 Euro mehr rechnen.

Erster Kreisbeigeordneter Bernhard Mauel (CDU) machte klar, dass der Beschluss, die Arge MYK in Kreisträgerschaft zu übernehmen, zunächst nur eine Absichtserklärung ist. "Bis heute hat die Politik noch nicht die Frage beantwortet, was an die Stelle der bisherigen Mischverwaltung treten soll."

Mauel und die Sprecher von SPD, CDU und FWG bescheinigten der Mayen-Koblenzer Arge und ihren Mitarbeitern eine erfolgreiche Arbeit und ein großes Engagement. Immerhin seien 11 000 Langzeitarbeitslose in den vergangenen Jahren wieder in den Arbeitsmarkt integriert worden.

Dennoch - und auch darüber herrschte im Kreistag breiter Konsens - sei es sinnvoll, jetzt die alleinige Verantwortung für die Betreuung der Langzeitarbeitslosen anzustreben. Schließlich könne nicht ausgeschlossen werden, dass man in einer "neuen" Arge weit weniger Einfluss haben werde, als dies heute der Fall ist. (atk)